

Eintrag: 14/02/23 Ba

14/2/23

Drucksache 20/10412

Kleine Anfrage

Dr. Dr. Rainer Rahn (fraktionslos) vom 23.01.2023

Gestiegene Energiekosten in Altenheimen und ähnlichen Einrichtungen

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Medien berichteten kürzlich, dass ein Seniorenzentrum in Bad Soden-Salmünster wegen hoher Energiekosten und Personalmangel seinen Betrieb einstellt. Für die 107 Bewohner stellt der Betreiber Plätze in anderen Einrichtungen zur Verfügung. Bereits im Oktober vergangenen Jahres veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen eine bundesweite Umfrage unter 1.300 Einrichtungen aus dem Bereich sozialer Arbeit, darunter 200 Einrichtungen in Hessen. 90 % der Einrichtung sahen durch die hohen Energiekosten ihre Existenz gefährdet, 45 % gingen davon aus, innerhalb eines Jahres den Betrieb einstellen zu müssen (<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/altenheim-schliesst-wegen-hoher-energiekosten---107-bewohner-brauchen-neues-zuhause-v1,altenheim-schliessung-100.html>).

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Hat sich der Träger der in der Vorbemerkung genannten Einrichtung mit der Landesregierung bzw. anderen staatlichen Stellen (z.B. Landkreise) in Verbindung gesetzt mit der Bitte um Unterstützung aufgrund finanzieller Probleme durch die gestiegenen Energiekosten?

Nein, nach den uns vorliegenden Informationen gab es weder eine Kontaktaufnahme zur Landesregierung noch zu anderen staatlichen Stellen.

Frage 2. Falls 1. zutreffend: welche Maßnahmen hat die Landesregierung – ggf. in Abstimmung mit anderen staatlichen Stellen – ergriffen, um die unter 1. angeführte Problematik zu beheben?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 3. Welche Informationen liegen der Landesregierung hinsichtlich finanzieller Probleme von Trägern von Alten- und Pflegeheimen und ähnlichen Einrichtungen durch die gestiegenen Energiekosten vor?

Der Landesregierung ist bekannt, dass der Pflegedienstleister Cura Sana Insolvenz angemeldet hat. Der Dienstleister macht geltend, aufgrund der Corona-Pandemie und der enorm gestiegenen Energiekosten in Schieflage geraten zu sein.

Im Zusammenhang mit den gestiegenen Energiekosten hat der Bundesgesetzgeber bereits entsprechend reagiert und mit dem Gesetz zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 20. Dezember 2022 in § 154 SGB XI Ergänzungshilfen für stationäre Pflegeeinrichtungen zum Ausgleich steigender Preise für Erdgas, Wärme und Strom aufgenommen.

Frage 4. Haben sich Träger der unter 3. genannten Einrichtungen mit der Landesregierung bzw. anderen staatlichen Stellen (z.B. Landkreise) in Verbindung gesetzt mit der Bitte um Unterstützung aufgrund finanzieller Probleme durch die gestiegenen Energiekosten?

Nein.

Frage 5. Falls 4. zutreffend: welche Maßnahmen hat die Landesregierung – ggf. in Abstimmung mit anderen staatlichen Stellen – ergriffen, um die unter 1. angeführte Problematik zu beheben?

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Frage 6. Wie viele der unter 3. aufgeführten hessischen Einrichtungen befinden sich nach Kenntnis der Landesregierung derzeit aufgrund der gestiegenen Energiekosten – und ggf. weiterer Probleme – in einer Situation, die den jeweiligen Träger kurz- oder mittelfristig zu einer Schließung der Einrichtung zwingt?

Hierzu liegt der Landesregierung keine Kenntnis vor.

Frage 7. Welche Planungen verfolgt die Landesregierung, um Schließungen von den unter 3. genannten Einrichtungen – insbesondere aufgrund gestiegener Energiekosten – zu vermeiden?

Auf die bundesgesetzliche Regelung in § 154 SGB XI und die für stationäre Pflegeeinrichtungen bestehende Möglichkeit, zum Ausgleich steigender Preise für Erdgas, Wärme und Strom, Ergänzungshilfen in Anspruch zu nehmen, wird verwiesen.

Wiesbaden, den 9. Februar 2023



Kai Klose
Staatsminister